

Termine

* **Mittwoch, 21. Februar 2018**

ab 17.30 Uhr **Tagung der 13. BVV** im Bezirksamt Fröbelstraße 17

* **Samstag, 24. Februar 2018**

Generationstreffen

DIE LINKE Pankow ab 14.00 Uhr in der Kugelbahn, Grüntaler Str. 51, 13359 Berlin-Wedding

* **Donnerstag, 8. März 2018**

ab 17.00 Uhr **Demo zum internationalen Frauentag** am Hermannplatz

* **Sprechstunden des Wahlkreismitarbeiters des Abgeordneten Udo Wolf**

Montag: 11- 13 Uhr

Mittwoch: 10 - 12 Uhr im Bürgerbüro Blum-Seidel-Wolf in der Erich -Weinert-Str. 6

Herausgeber:

Die Linke. Pankow
Basisorganisationen im Kiez
Post an:

Die Linke.-Geschäftsstelle,
Fenn-Str. 2
13347 Berlin
Tel.: (030) 44 01 77 80
E-Mail:
bezirk@die-linke-pankow.de

Zur Pankower Arbeiterbewegung

Unser Abgeordneter Stefan Liebich hat bei der letzten Bundestagswahl sein Mandat für die LINKE bereits zum dritten Mal gewonnen, KIEZBLATT gehörte zu den Gratulanten.

Aber nur wenigen mag es bekannt sein, dass er damit eine Traditionslinie fortsetzt, die bis ins 19. Jahrhundert reicht.

Bei der Reichstagswahl 1890 errang nämlich der jüdische Rechtsanwalt Arthur Stadthagen das Mandat im Wahlkreis Niederbarnim, zu dem damals Pankow gehörte, für die Sozialdemokratische Partei. Bei den nachfolgenden Wahlen verteidigte er bis zu seinem Tode im Jahr 1917 seinen Sitz im Reichstag.

Erwähnenswert scheint mir auch, dass er zu den ersten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörte, die dem Beispiel Karl Liebknechts folgten und im Jahr 1915 die Kriegskredite ablehnten.

Allein die Wahl eines SPD-Abgeordneten in den Reichstag lässt darauf schließen, dass es auch im Norden von Berlin eine starke Arbeiterbewegung gegeben haben muss. Spuren dieser Geschichte sind aber nur schwer zu finden, zu viel haben die Zeit, Krieg und Faschismus verwischt oder ganz getilgt.

Bekannt ist immerhin, dass die SPD im Jahre 1902 (andere Quellen sprechen von 1904) in dem Vereinslokal „Restaurant Kurfürst“ in der Berliner Straße ihre erste Maifeier durchführte. In bürgerlichen Kreisen erhielt daraufhin das Lokal den Beinamen „Roter Kurfürst“ und wurde von den braven Bürgern gemieden.

1912 richtete die sozialdemokratische Jugend Pankows in der Maximilianstraße ein Jugendheim ein.

Die Aktion der Rosentaler Sozialdemokraten zur Versorgung Bedürftiger während des I. Weltkrieges wurde bereits im Augustheft 2017 des KIEZBLATTES erwähnt. Mit Gewissheit war das nicht die einzige sozialpolitische Aktion der Genossen im Berliner Norden.

Stark vertreten war in den 20-er und 30-er Jahren des 20. Jahrhunderts in Pankow der Arbeitersport. Vereine wie z.B. „Fichte“ hatten am Rande der Schönholzer Heide ihre Sportanlagen und führten dort Massensportfeste durch.

Im letzten Pankower Bezirksparlament vor der faschistischen Macht ergreifung hatte die SPD immerhin 12 und die KPD 7 von insgesamt 38 Sitzen.

Der Kommunist, Arbeitersportführer und antifaschistische Widerstandskämpfer Paul Zobel, der 1945 im Konzentrationslager starb, wohnte zeitweise in der Berliner Straße.

All das sind nur wenige, mehr zufällig herausgegriffene Punkte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Pankow.

Es wäre sicher angebracht, diese Betrachtungen fortzusetzen.

H. Sommer

KIEZBLATT

für Kissingen-, Tiroler und Vinetaviertel

Mehr an die richtige Stelle!

Mitte Dezember wurde nach monatelangen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus der Berliner Doppelhaushalt 2018/2019 verabschiedet, der zum 1. Januar 2018 in Kraft trat. Es war nicht der erste Haushalt, an dessen Entstehung ich beteiligt war und auch nicht der erste Haushalt für mich in Regierungsverantwortung. Trotzdem fühle ich mich richtig zitiert, wenn es hieß, ich sei mit dem Haushalt „froh und glücklich“!

Dafür gibt es natürlich mehrere Gründe: Die Steuereinnahmen sind gestiegen und sogar gegenüber dem Zeitpunkt, als der Senat seinen Entwurf erarbeitet hatte, stiegen die zu erwartenden Einnahmen an. Damit drohte ein „Luxusproblem“:

Der Wechsel vom Sparkurs zu mehr Ausgaben hätte zu einem parteipolitischen Wunschkonzert führen können.

Ich freue mich, dass wir stattdessen eine Einigung in der Sache erreicht haben. Das war eine der ersten richtigen Arbeitsproben der Koalition und es wurde eine Erfolgsgeschichte.

In der Linksfraktion haben wir beraten, wie wir möglichst viele der im Rot-Rot-Grünen Koalitionsvertrag formulierten Ziele erreichen können. Wir haben kollegial darüber diskutiert, welche Lösungen für drängende Interessen der Ber-

liner*innen sich jetzt im Haushalt wiederfinden müssen. Und wir haben festgestellt, dass dies auch bei unseren Koalitionspartner*innen wichtiger war als die Versorgung der Ressorts der eigenen Senator*innen. Das wäre an sich schon eine Nachricht, wenn wir nicht so viele positive Ergebnisse vorzuweisen hätten.

Berlin ist in der Lage, weitere Schulden zu tilgen und die Investitionsausgaben spürbar zu erhöhen. Auf 5.300 neuen Stellen kann Personal im Öffentlichen Dienst eingestellt werden.

Der Neubau und die Sanierung von Schulen stellen dabei mit einem Etat von rund einer Milliarde Euro im Doppelhaushalt das mit Abstand größte Vorhaben dar. Für die Schulbauoffensive sind bis einschließlich 2026 insgesamt Investitionen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro vorgesehen.

Auch für Krankenhaus-Investitionen wird der Haushalt aufgestockt.

Im Schulbereich kamen 150 Millionen Euro oben drauf, vor allem in das „Qualitätspaket für den Quereinsteiger“. So bekommen wir noch nicht das ganze Problem fehlender Lehrkräfte gelöst, steigen aber mit schneller Wirkung in die Lösung ein.

Ab 2019 kommt der kostenlose Hort, ab 2018 die Lernmittelfreiheit für die Grundschüler.

Fünf Millionen Euro bekommen die Schulen für die IT-Wartung, weitere 600.000 Euro fließen in die bezirklichen Medienkompetenzzentren. Das Spielplatzsanierungsprogramm wird um sechs Millionen Euro pro Jahr auf dann 16 Millionen aufgestockt.

Die Gehälter der Berliner Beamten werden im Juni 2018 und im April 2019 erhöht. Um die Beschäftigten in den Landesbetrieben im nächsten Jahr besser entlohnen zu können, wurden 20 Millionen Euro zusätzlich, vor allem für die unteren Gehaltsgruppen, zur Verfügung gestellt.

Den Anteil der festangestellten Kräfte an den Musikschulen wollen wir auf mindestens 20 Prozent erhöhen, die Volkshochschulen bekommen mehr, um Honorare auf Bundesniveau bezahlen zu können.

Das Sozialticket für BVG und S-Bahn steht künftig auch Wohngeld-Bezieher zur Verfügung. Die Kältehilfe mit Notquartieren für Obdachlose wird um 500 Plätze erweitert und auf die Monate Oktober und April ausgedehnt.

...und das ist nur eine Auswahl. Da kann man schon ein wenig zufrieden sein.

Udo Wolf
Fraktionsvorsitzender
Linksfraktion

Februar 2018